

Auf dem Weg nach Europa

von Manfred Dörr

I

"Das geschichtlich gewachsene Europa ist das Europa der Vielfalt. Und das unter der Führung seiner gemeinsamen Institutionen noch zu schaffende Europa muß ein Europa der Vielfalt bleiben."

Das ist eine Position, die der Pariser Historiker Jacques Le Goff zu Beginn unseres Jahrzehnts in einer Gesprächsrunde über Europa bezog; und viele Menschen in den europäischen Staaten werden ihm zustimmen.

Als geistige Wurzeln Europas gelten Antike und Christentum. Der Name EUROPA kommt aus dem Assyrischen und bezeichnet den Westen, den Sonnenuntergang. Europa war das Abendland, Asien das Morgenland.

Dieses Europa wurde geprägt durch d a s europäische Weltreich der Antike, das Römische Reich. Und nachdem durch die Reichsgründung Karls des Großen eine geistige Einheit des westlichen Europa geschaffen worden war, entstand Westeuropa als das christliche Abendland in Abgrenzung zum byzantinischen Ostreich.

Die Einheit der Christenheit als Gemeinschaft der Europäer war der Identitätsrahmen derer, die sich als Europäer mit christlichem Sendungsauftrag verstanden. Doch die europäische Christenheit war keine monotone Einheit, sondern sie war gleichzeitig einig und vielfältig.

In neuerer Zeit taucht der Gedanke der europäischen Einheit zunächst als Reaktion auf, als Reaktion zuallererst auf die Französische Revolution: So war die Heilige Allianz von 1815 ein Zusammenschluß der Monarchen der europäischen Großmächte, die Europa als Zentrum der Welt, als christlich-abendländisches Zentrum wiederhergestellt sehen wollten, als traditionale, gottgewollte, naturrechtliche Ordnung auf Erden.

Die drei Mächte Rußland, Preußen und Österreich wollten die supranationale Gottesordnung der gekrönten Häupter gegen jede revolutionäre Regung im Innern und gegen jede revolutionäre Bedrohung von außen sichern. Sie scheiterten aber schnell an den nationalen Gegensätzen in der "griechischen Frage."

Das 19. Jahrhundert ist bekannt als Jahrhundert der Nationalstaaten. Eigene nationale Geschichte wurde in Nationalpropaganda gegossen, Nationalgefühle geweckt und zum Nationalismus hochgeputscht. Nationalideologien und Chauvinismus wurden zu herrschenden Prinzipien.

Der Erste Weltkrieg brachte die Selbstzerstörung Europas; der im Krieg geschürte Nationalhaß diktierte den Frieden, wurde zur Triebfeder neuer nationalistischer Strömungen.

Nach diesem Krieg, der formal das Zeitalter des Imperialismus beendete, waren es nur wenige weitsichtige Politiker - z. B. Aristide Briand - , die den Versuch wagten, über den nationalen Schatten zu springen und von Europa zu denken. Aber die vom Nationalismus Verblendeten nahmen das nicht zur Kenntnis.

Das Erwachen aus nationalchauvinistischen Großmachtherrschaftsträumen erfolgte erst nach einem weiteren, 60 Millionen Menschen vernichtenden, Kampf um die Weltherrschaft, der Europa als Trümmerfeld offenbarte. Die Realität des Faktischen zwang viele Politiker in Europa zur schmerzhaften Erkenntnis, daß nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr Europa, nicht mehr die "alten" europäischen Staaten Führungsrollen in der Weltpolitik zu spielen hatten, sondern daß jetzt trotz aller gewaltigen Zerstörungen im eigenen Land die Sowjetunion im Osten und die USA aus dem transatlantischen Westen als sich gegengüberstehende, zentrale Machtfaktoren der Weltpolitik in Erscheinung getreten waren.

Wenn nun in Europa nach 1945 so etwas wie wiedererwachendes europäisches Bewußtsein sich vorsichtig bemerkbar machte, dann war das nicht mehr Bewußtsein europäischer Macht, sondern Bewußtwerdung der eigenen Ohnmacht in Angst vor der neuen Großmacht im Osten. Und die Angst vor der Sowjetisierung Europas wurde zum Katalysator der "neuen" Idee Europa. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, suchte man nach Möglichkeiten übernationalen Zusammenschließens gegen die "Gefahr aus dem Osten". Das "noch nicht sowjetische " Europa sollte davor bewahrt werden, zum "eurasischen Wurmfortsatz der asiatischen Landmasse" (F.J. Strauß) zu werden.

Christliche Werte, westliche Wertegemeinschaft, christliches Abendland wurden beschworen, waren die Formeln, mit denen man versuchte, mit der vermeintlichen Stunde Null neu anfangen zu können. Man sprach von der Gesundung des "freien" Teiles von Europa und war sich doch dessen bewußt, daß man sie nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe der USA zu erreichen hoffen durfte, die selbstverständlich

selbst auch daran interessiert waren, den nicht unter dem Einfluß der UdSSR stehenden Teil Europas als Juniorpartner im heraufziehenden politisch-ökonomischen Wettkampf der Systeme zu erhalten.

Auf der anderen Seite trat die UdSSR unter Stalin mit dem Anspruch auf, die Gebiete, die in den kriegerischen Auseinandersetzungen von den sowjetischen Armeen besetzt worden waren, auch ihrem Staats- und Gesellschaftssystem gleichzuschalten. Bekannt ist der Ausspruch Stalins: "Wer immer in diesem Kriege ein Gebiet besetzt, legt ihm auch sein gesellschaftliches System auf; es kann gar nicht anders sein."

Konrad Adenauer hat den Gegensatz zwischen östlicher und westlicher Welt in seinem letzten Wahlauftritt zur 1. deutschen Bundestagswahl 1949 auf eine einfache Formel gebracht, indem er an die Wähler appellierte: "Wer sein Volk und sein Vaterland liebt, wer es eingegliedert wissen möchte in ein christliches Abendland als ein macht- und kraftvolles Bollwerk einer friedlichen Menschheit gegen den Ungeist und die Friedlosigkeit des Weltbolschewismus, der ver helfe den Kandidaten der christlich-demokratischen Union zum Siege."

II

Wir wissen alle, daß sich der Sprachgebrauch des Wortes EUROPA in den letzten Jahrzehnten immer mehr auf Westeuropa verengte. Und so war und ist es nicht verwunderlich, daß man EUROPA nur noch mit Westeuropa identifizierte, daß es aber nunmehr nach der völlig überraschenden Entwicklung seit 1989 vielen notwendig erscheint, von GESAMTEUROPA zu sprechen, wenn man Europa als Ganzes in historischer Bedeutung und Perspektive erfassen will.

Doch ehe wir zu den vielfältigen Stimmen der Jetztzeit zu Europa kommen, wollen wir uns der IDEE MITTELEUROPA zuwenden.

Es ist interessant zu sehen, daß bereits vor 1989 - insbesondere in Ungarn - die Diskussion über die Möglichkeiten der Bildung eines mitteleuropäischen Staatenbundes bzw. Bundesstaates diskutiert wurde. Man suchte seit Beginn der achtziger Jahre nach einem neuen zwischenstaatlichen System, dessen Mittelpunkt das Dreieck Budapest - Wien - Prag bilden sollte. Man erinnerte sich der österreichisch-ungarischen Monarchie, die ja bekanntlich auch die heutigen Staaten Tschechien und Slowakei umfaßte.

In einem "Die große Herausforderung" überschriebenen Artikel stellte György Konrad fest: "Der Kommunismus geht nur noch auf Krücken, mit seinem Nachlaß werden wir leben müssen, d.h. mit dem Widerschein der Isolation und des Mißtrauens, das nur eine Wahrheit kennt. Die nationalistischen Neofundamentalisten glauben an den Kampf. Sie wollen den anderen überwinden, nicht verstehen. Die Region befindet sich in einem Zustand der Selbstartikulation."

Und er fragte: "Kann der demokratische Föderalismus, das vernünftige Heilmittel für ethnische Konflikte, hier wirken?"

Und Ivan Szelenyi erklärte: "Obwohl die Tendenzen zu einer Balkanisierung - jetzt wo der Kampf zwischen den "ethnischen" und den "bürgerlichen" noch nicht entschieden ist - sehr stark sind, kann man eine erfolgreiche bürgerliche Entwicklung im wirtschaftlichen und politischen Bereich nur erwarten, wenn es zu einer engen Zusammenarbeit in der Region kommt...Eine solche mitteleuropäische Integration ließe sich mit sehr viel Geduld erarbeiten."

In dieser von Ungarn ausgehenden Mitteleuropadiskussion kann man den Versuch sehen, über dieses Mitteleuropa sich vom sowjetischen Einflußbereich - an dessen Fortexistenz zu zweifeln noch 1985 niemand Anlaß sah - langsam zu entfernen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Westen zu suchen. Doch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Implosion der UdSSR scheint eine weitere Diskussion um die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatengebildes eine rückwärtsgewandte Perspektive zu sein, die den Blick auf die gesamteuropäischen Möglichkeiten verstellt.

Denkt man sich jedoch den Bereich Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, unter Einbeziehung von Slowenien und Kroatien, als Subgliederung in einem regionalisierten Gesamteuropa der Zukunft, dann könnten die Vorstellungen einer kulturverbindenden, regionalen Unterinstanz eine gewisse, in die Zukunft weisende Rolle spielen.

Was kann man sich von einer solchen Unterregion Mitteleuropa versprechen? Aus der Sicht der genannten Staaten, insbesondere aus der Sicht Ungarns, die Hoffnung, über einen Verbund mit Österreich eher die Möglichkeit zu haben, sich der EG schneller nähern und schließlich anschließen zu können.

Mit allem Nachdruck forderte der ungarische Soziologe Miszlivetz, daß diese Region damit beginnen sollte, aus dem Teufelskreis auszubrechen, indem sie stärker die

gemeinsamen Werte und die Zusammenarbeit in der friedlichen Konfliktlösung beachten und die Toleranz gegenüber Minderheiten und die Fähigkeit, mit der Andersheit zusammenzuleben, üben sollte. "Dies" - so Miszlivetz - "könnte die neue politische, kulturelle, ökonomische und ökologische Botschaft des Projekts Mitteleuropa sein - die neue Identität, die weder auf der Ablehnung der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Identitäten gründet, noch versucht, neue Möglichkeiten für sich zu schaffen, indem es engstirnig auf jenen Identitäten besteht."

Die völlig unerwartete und schnellstmöglich vollzogene Einheit Deutschland - die nur deshalb zustandekam, weil niemand in der orkanartigen Entwicklung Gelegenheit hatte, sie zu verhindern - hat sehr kritische Stellungnahmen, insbesondere in Großbritannien und Frankreich, hervorgebracht, die ein neues geopolitisches Schwergewicht Deutschlands beklagen und vor einer Europa beherrschenden Großmacht Deutschland warnen. Und ein Fernsehsender der USA hat sich sogar dazu hinreißen lassen, das neue Deutschland als "neue UdSSR" vorzuführen!

Viele sehen in Deutschland einen geopolitischen und ökonomischen Magneten, der Polen, Tschechien, Österreich, darüber hinaus Weißrußland und die baltischen Staaten, auch Ungarn und letztendlich sogar Rußland in seinen Bann ziehen würde.

Der jetzige Unruheherd Ostmitteleuropa, so befürchten sie, würde von Deutschland bestimmend beeinflusst, von einem Deutschland, das zur zentralen europäischen Macht werde und seinen bisher schon in der EG starken Einfluß ins Unermeßliche steigern könnte. Furcht und Hoffnung überlagern sich. Und die Frage QUO VADIS DEUTSCHLAND beschäftigt unsere Nachbarn nachhaltig.

Bei den ostmitteleuropäischen Nachbarn überwiegt die Hoffnung, bei unseren EG-Partnern, insbesondere in Großbritannien, scheinen Furcht und Hoffnung konkurrierende Stimmungsbilder zu zeichnen.

Solange die UdSSR existierte, waren Überlegungen noch realistisch, die Ostmitteleuropa als Pufferzone zwischen der UdSSR und der EG sahen; nach deren Zusammenbruch und ihrer Auflösung in selbständige Staaten und der Ungewißheit der Entwicklung in der neu gegründeten GUS mußte die Idee der Pufferzone schnell wieder begraben werden.

III

Alles andere als eine Pufferzone hatte Friedrich Naumann im Sinn, als er 1915 - in der Anfangsphase des I. Weltkrieges - sich mit dem Gedanken MITTELEUROPA auseinandersetzte.

Überzeugt davon, daß nur im Kriege die Gemüter bereit sind, große umgestaltende Gedanken in sich aufzunehmen, galt es (nach Naumann) die Gunst der Stunde zu nutzen, im Kriege "im Fließen des Blutes und im Wogen der Völker von unseren Staatsleitern die Grundlagen einer neuen Staatsgestaltung gelegt zu bekommen." Jetzt sollten Österreich-Ungarn und Deutschland einen mitteleuropäischen Kern bilden. "Mit dem Krieg im Rücken (! M.D.) können wir Berge versetzen. Jetzt oder nie wird die dauernde Einheit zwischen Ost und West, wird Mitteleuropa zwischen Rußland und den westlichen Mächten."

Naumann - und mit ihm das deutsche Bürgertum - war überzeugt, daß nur mächtige Großstaaten den Krieg überstehen würden; so hatte Deutschland ein Großstaat zu sein! Denn die Angst vor dem "russischen Koloß" verbot es, von Gesamteuropa unter Einschluß Rußlands zu denken. Die verblendende Parole lautete : "Lieber klein und allein als russisch!"

Mit England zusammenzugehen, war genau so gefährlich: Deutschland als englische Dependence ?

Als einzige Möglichkeit blieb: Deutschland selbst muß Zentralstaat in Europa werden, Führungsstaat in Europa nach gewonnenem Kriege.

Seinen schärfsten Kritiker fand Naumann in Karl Kautsky, der Naumanns Ideen als kaschiertes imperialistisches Programm verwarf. Die arbeitenden Massen wollten nicht die Beförderung des Imperialismus, sondern gewandelt gute Beziehungen zu einem gewandelten Rußland, auch zu England. Kautsky warf Naumann vor, er verliere in seinem deutsch-nationalen und deutsch-kapitalistischen Denken die Interessen von Weltmächten aus den Augen. "Nichts wäre verhängnisvoller, als wollte man über dem Streben, selbst Mittelpunkt in Europa zu werden, es verabsäumen, sich mit der übrigen Welt gut zu stellen", mahnte Kautsky. Arbeitendes Volk, Kapital und Intellektuelle seien von unterschiedlichen Interessen geprägt. Die Volksmassen wollten keinen konzernbeherrschten mitteleuropäischen Staat. Arbeiter strebten vorrangig nach Freiheit, nach Demokratie, nach Volkssouveränität. Arbeiter wollten die Idee der Demokratie praktisch werden lassen.

Für die internationale Arbeiterbewegung sei auch im Kriege die Er kämpfung der Demokratie in allen Staaten oberstes Gebot. Alle Staaten der Welt müßten demokratisch werden, nur dann könne man den Weltfrieden erreichen.

Voraussetzung für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa sei eine gesamt-europäische Revolution, der Übergang aller europäischen Staaten zur Demokratie. Das Europa, das die Arbeiter wollten, sei eine Staatengemeinschaft, in der keine Nation ein Übergewicht und eine Prädominanz gegenüber den anderen habe. Auch kleinste Nationalitäten hätten das Recht auf freie und selbständige Existenz. Und wenn man dann dem Gedanken einer mitteleuropäischen Staatenbildung nahetreten wolle, dann müßte ein demokratisches Mitteleuropa offen sein für den Anschluß jedes anderen demokratischen europäischen Staates. Sowohl England als auch Rußland hätten als demokratische Staaten in diesem System ihren Platz. Und immer wieder beschwor Kautsky ein demokratisches Europa, denn nur in einem demokratischen Europa als Zusammenschluß aller demokratischen europäischen Staaten könne der Friede zwischen den Völkern gewahrt werden.

Auch dem Sprachproblem widmete Karl Kautsky breiten Raum. Er erinnerte daran, daß im Mittelalter Latein die Völker (zumindest in ihren gebildeten Schichten) verbunden habe; deshalb sei auch jetzt eine verbindende Weltsprache notwendig. Zwar könnten alle Nationalsprachen weiter gesprochen werden, aber nur mit einer verbindlichen Weltsprache falle eines der gewichtigsten Hemnisse für einen Europastaat. Nicht eine Naumannsche mitteleuropäische Schützengrabengemeinschaft verbürge den Frieden, sondern eine gesamt-europäische, demokratische Völkergemeinschaft.

IV

Der ehemalige jugoslawische Vizepräsident Djilas hat die stürmische Entwicklung im Jahre 1989 als echte Revolution begrüßt, die eine revolutionäre demokratische Vision von Europa ermöglicht habe. "Mit dem Sieg dieser Revolution werden jedoch neue und bisher unfaßbare Möglichkeiten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den wirtschaftlichen Fortschritt eröffnet, für den gegenseitigen Austausch von Menschen und Kulturen und ebenso für ein allseits neues Verständnis von Völkern und Nationen unter langandauernden Diktaturen, für die unwiderstehlichen Kräfte und Illusionen der Revolution....Die demokratische Revolution ist für Europa in seinem östlichen Bereich von besonderer und lebenswichtiger Bedeutung. Sie birgt die Chance, seine Einheit zu schaffen, es mit einer Energie zu versorgen, seine kreativen Kräfte neu zu beleben." Westeuropa- so Djilas -"ist eine Macht in sich. Aber ohne Kooperation und Verbin-

derung zu Rußland sowie zu den Vereinigten Staaten ist Europa ohne Flügel, ohne seine volle Stärke und Triebkraft. Die absehbare Zukunft ist nicht bitter und düster und muß dies auch nicht sein. Die Zukunft, sogar das Schicksal von einzelnen Nationen, ist nicht vorhersehbar und ist keineswegs für alle Zeit vorherbestimmt. Aber der uralte Traum der kreativsten und tiefsten Denker, der Traum von der Entstehung eines gemeinsamen Europa, kann durch die demokratische Revolution in Osteuropa Wirklichkeit werden."

Noch nie wurden in der Nachkriegszeit so viele Abhandlungen, Essays, Statements über die Idee Europa zu Papier gebracht wie in den vergangenen vier Jahren. Aber zu konkreten, planhaften Überlegungen, wie ein Europa der Zukunft der Realität aussehen könnte, ist es noch nicht gekommen. Zunächst - und das ist verständlich - wird mehr über die Gefahren, die Europa drohen, geschrieben. Wer könnte an den grausamen Bürgerkriegen des zerbrochenen Jugoslawien vorbeigehen?

"Die großen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts sind der islamische Fundamentalismus auf dem arabischen und einem Teil des asiatischen Schauplatzes und der Wiederaufstieg des Vorkriegsnationalismus". Peter Glotz erhebt in der Retrospektive gegenüber den Westeuropäern den Vorwurf, sie seien zu lange in den Denkkategorien des Kalten Krieges befangen gewesen, hätten an der Berliner Mauer eher den Beginn des Reiches der Hunnen als in Osteuropa die Wirklichkeit eines breiten Vielvölkerbereichs gesehen. Im Zeichen des Ost-West-Konflikts hätte man vergessen, daß das ethnisch durchmischte Ost- und Ostmitteleuropa mit dem Westeuropa der großen, im 19. Jahrhundert durchgesetzten Staatsnationen überhaupt nicht zu vergleichen sei.

Wenn wir, die wir in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland lebten, an Gesamteuropa denken, dann ist uns umso schwerer begreifbar, daß in Loslösung von sowjetischer Bevormundung dort als erstes die Frage akut geworden ist, wie man Nationen mit neuem Nationalgefühl bilden kann. Wollte man wirklich neue homogene Nationalstaaten bilden, wären Vertreibungen, Grenzverschiebungen, Zwangsassimilationen, verbunden in ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen, unausweichlich. Die Bürgerkriege im Kaukasusgebiet, die Bürgerkriege auf dem Balkan scheinen alle Befürchtungen einer eher chaotischen Entwicklung zu bestätigen.

Wir sehen, daß offensichtlich viele Völker jener Regionen zu Ideen, Gefühlen und Symbolen der vorkommunistischen Zeiten zurückkehren. Volkstumsideologien, nationalistische Wiedertäuferbewegungen, alte Flaggen werden hervorgeholt. Haßgesänge tönen. Man sieht den Durchbruch alter Leidenschaften und das Wiederaufleben historisch begründeten Hasses.

So gewinnt die Suche nach einer möglichst schnellen Friedensordnung in Europa größere Priorität als das Nachdenken über den Zukunftstraum von den Vereinigten Staaten von Europa, die jetzt wieder in nebelhafte Ferne zu rücken drohen. Politiker reden viel über Europa, aber sie machen keine konkreten Aussagen. Um so mehr sind Politikwissenschaftler gefordert, Europa als Ganzes zu denken.

Dieter Senghaas hat von Europa 2000 gesprochen und stellt uns vor, wie aus dem Jahre 2000 - rückwirkend betrachtet - die 90er Jahre in Europa gestaltet wurden. Als Ergebnis sieht er ein durch und durch vernetztes Europa, in dem alle Konflikte friedlich gelöst wurden, in dem Konzessionen gegenüber Autonomiebestrebungen gemacht, ja selbst Sezessionen im Europanezetz problemlos aufgefangen wurden.

Konkrete Utopie ? Oder haben wir es nicht erlebt, daß der britische Premierminister Major, von Maastricht zurückgekehrt, von "Spiel, Satz und Sieg für Großbritannien" sprach und damit die britische Obstruktionspolitik gegenüber der integrativen Weiterentwicklung der EG meinte ?

Ist es schon vergessen, daß auch in Westeuropa, in den Staaten der EG, Nationalismen immer noch keimen, daß z.B. mit zunehmender Bürokratisierung der EG nationale Vorbehalte gegenüber einem Europa der Bürokraten wieder wachsen ? Denken wir an die ETA in Spanien, die IRA in Nordirland und ihren Terrorismus. Denken wir an die nicht-terroristischen, gleichwohl nationalistisch brisanten Bewegungen in Schottland und Wales, denken wir an die Katalanen und Basken, beobachten wir die Flamen, Wallonen, Korsen, Bretonen...

Es gibt Nationalismen in ganz Europa und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir über das Europa der Zukunft nachdenken.

Mit Genugtuung aber können wir heute auch feststellen, daß kaum jemand mehr in Deutschland Träumen vom mitteleuropäischen Großmachtstatus Deutschlands anhängt wie einst Friedrich Naumann. Auf der anderen Seite jedoch sind die überterritorialen Bindungen noch nicht so gefestigt, Europa noch nicht so stark vernetzt, als daß die Gefahr nationalistischer Demagogiepolitik schon vollständig gebannt wäre. Und gleichzeitig weiß jeder seinen Verstand benutzende politisch Engagierte, daß das Zeitalter der Nationalstaaten endgültig vorbei ist. Ökonomie und Ökologie gebieten größere Einheiten.

Angesichts der realen Entwicklung im aufgelösten ehemaligen Ostblock und auf dem Balkan ist die Frage akut, wie durch übernationale Strukturen weiteres Blutvergießen

verhindert werden kann. Und es scheint sich die Einsicht durchsetzen zu können, daß nur in einem Europa auf föderalistischer Basis, einem Europa der Völker mit wirklichen Minderheiten- und Volksgruppenrechten und mit überwölbenden überterritorialen Strukturen und Bindungen Europa in Zukunft sicher sein kann, daß man nur in einem im inneren Frieden gesicherten Europa davon ausgehen kann, daß Europa als Ganzes im politischen und ökonomischen Kräftespiel der Weltpolitik eine wirklich zentrale Rolle zu spielen in der Lage ist.

V

Der Weg nach Europa ist außerordentlich schwierig, doch die meisten Autoren, die sich mit der Europa-Idee beschäftigen, sind davon überzeugt, daß es ohne eine föderalistische Europastruktur zum Gegenteil einer europäischen Ordnung, nämlich zu einer nationalistischen Unordnung wieder kommen müßte.

Als es die Sowjetunion noch gab, konnte Peter Glotz noch erklären, daß alle Pläne, die auf eine Zerlegung der Sowjetunion hinauslaufen, selbst als Gedankenspiel lebensgefährlich wären. Jetzt, nachdem die UdSSR sich aufgelöst hat und sich die GUS - das heißt Gemeinschaft /besser Gruppierung/ unabhängiger Staaten - gebildet hat, sind Überlegungen, Rußland, die baltischen Staaten und Ungarn, Tschechien u.a. in dieses Europa mit aufzunehmen, Gegenstand realer Überlegungen geworden. Man kann nun nicht mehr von der östlichen Flankenmacht Europas - der ehem. UdSSR - sprechen, sondern muß sich wirklich mit dem Gedanken befassen, wie Rußland, das sein Machtzentrum in Europa hat, als Ganzes in eine Konstruktion Europa einbezogen werden kann. Denn Gesamteuropa wird es nur geben, wenn es über das heutige EG-Europa weit hinausgreift. Man muß die EG als Kristallisationskern im werdenden Europa sehen. Jetzt schon ist damit zu rechnen, daß alle EFTA-Staaten sich der EG integrieren lassen. Über Österreich, Schweden und die Schweiz wird nachgedacht, wie sie noch in diesem Jahrzehnt in die EG einbezogen werden können. Die osteuropäischen Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei haben ihr allergrößtes Interesse bekundet, sich nicht nur der EG zu assoziieren, sondern sich ihr voll zu integrieren; doch das wird erst im nächsten Jahrtausend gelingen können.

Die Probleme der EG sind mit der Auflösung des Ostblocks nicht geringer, sondern immer größer geworden. Und gerade angesichts des steigenden Problemdrucks sind sich führende Europapolitiker einiger denn je in der Überzeugung, daß das schwierige Unterfangen der Vertiefung und der Erweiterung der EG nicht nacheinander, sondern nur parallel voran gebracht werden kann.

Nur eine starke EG kann die Staaten Ostmitteleuropas aufnehmen. Und bis es dazu kommt ist es notwendig, daß die Staaten der EG erkennen, daß das Zurück zu emotional aufgeblasenen Gegensätzen alles andere als förderlich ist. Das integrative Zusammenwachsen scheint die einzige Chance zu bieten, Europa letztlich als Gesamteuropa zu einem befriedeten Kontinent zu machen. Die Staaten der EG müßten endlich erkennen, daß nur eine koordinierte EG-Politik auch die Koordinierung der europäischen Gesamtpolitik bewirken kann.

Die ökonomische - und insbesondere die ökologische - Situation in Osteuropa ist derart katastrophal, daß die ständige Gefahr der Renationalisierung aus Existenzverzweiflung als Zentralproblem begriffen werden muß. Das hatte auch der ehemalige sowjetische Ministerpräsident Gorbatschow bei seinem letzten Deutschlandbesuch nachdrücklich betont und um schnelle Hilfe zur Bannung der Gefahr gebeten.

Es kommt darauf an, jetzt wirklich funktionsfähige gesamteuropäische Institutionen zu errichten, die in der Lage sind, die Vereinigten Staaten von Europa evolutionär auf den Weg zu bringen.

Soll dieses Europa dem Anspruch eines demokratischen Staatengebildes genügen, so wäre daran zu erinnern, daß das Europäische Parlament der EG in der Tat zu einem wirklich entscheidenden Instrument, nämlich zum zentralen Gesetzgebungsorgan gemacht werden muß, daß die nationalen Parlamente, die schon in den letzten Jahren ständig an Einfluß verloren haben, ihre Kompetenzen nicht weiter an die Exekutive der EG, sondern an ein souveränes Parlament abgeben und auf der Grundlage einer solchen demokratischen Entwicklung auch das Andocken der osteuropäischen Staaten sich vollziehen könnte.

"Das europäische Glück", sagt Peter Glotz, "das im Jahre 1989 Millionen Menschen aus ungerechter Herrschaft befreite, kann nur anhalten, wenn die europäischen Eliten kalten Realismus und blitzschnelles Reaktionsvermögen zeigen." Aber fast schon resignativ stellt er anschließend fest: "Aber in Europa sind die Nationen zu schwach, um Weltpolitik zu machen, und gleichzeitig noch stark genug, um eine wirksame supranationale europäische Politik zu verhindern. So könnte eine nie wiederkehrende historische Chance verpaßt werden."

Europa ist denkbar und machbar! Nichts scheint mehr in bisher geordneten Bahnen sich bewegen zu können. In der Hektik der Entwicklung fehlte wohl die Zeit und auch der Mut, einen durchdachten Entwurf für die Gestaltung Europas zu entwickeln.

Ermutigen wir uns mit Jacques Delors: "Es gibt kein historisches Schicksal. Europa kann noch weitestgehend gestaltet werden...Alle Aspekte Europas müssen zusammen gesehen werden. Sie bestimmen aber nicht allein unser Schicksal. Europas Fähigkeit zur Integration und Assimilation ist beeindruckend. Allerdings sind wir gegenwärtig in Gefahr, politisch und kulturell an den Rand gedrängt zu werden, wenn wir nicht reagieren. Dies erfordert Anstrengungen auf breiter Front, wobei wir unsere Vielgestaltigkeit nicht außer Acht lassen dürfen...Dies ist ein intellektuelles Abenteuer und nicht eine Routineangelegenheit."

Dieses intellektuelle Abenteuer wird darin bestehen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß - nachdem die Freiheit von ideologischem Zwang und doktrinärer Unterdrückung erreicht ist - die Freiheit der Selbstverwirklichung ins Auge gefaßt werden kann.

Es gilt, Chancengleichheit für alle zu schaffen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die materiellen Mindestvoraussetzungen menschenwürdiger Existenz sichergestellt werden können.

Und schließlich muß in den Köpfen der Menschen sich etwas bewegen: Bewußtseinsbildung in demokratischen Staatsbürgern, die die Ideen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nicht aus subjektivem, sondern aus gesamtgesellschaftlich solidarischem Interesse in die Tat umgesetzt sehen wollen und sich aktiv daran beteiligen!

Soll der Traum vom demokratischen Europa, ja sogar von den Vereinigten Staaten von Europa, Wirklichkeit werden, müssen aus Zuschauern Handelnde werden. Wer Menschenrechte verwirklicht sehen will, darf sich nicht vor den Gängelwagen von Machtpolitikern spannen lassen, muß sich seines eigenen Verstandes bedienen, sich selbst zum aktiven Staatsbürger entwickeln und sich aktiv im politischen Prozeß beteiligen.

Das intellektuelle Abenteuer verlangt nach Mittätern!